

---

Ekkehard Lieberam

# Aufstehen, um Klassenmachtverhältnisse zu ändern

Textauszug aus „Am Krankenbett der Linkspartei. Therapie: Mehr Marx als Murks“

---



„Die Mobilisierung der Massen ist die einzige Waffe, der auf die Dauer keine Macht der Erde widerstehen kann.“

Franz Mehring, Der neue Reichstag, 1907

## Aufstehen, um Klassenmachtverhältnisse zu ändern

Die wohl bisher ärgerlichste Aktion der Gegner von Sahra Wagenknecht in der Linkspartei war die „Karikatur“ auf der Titelseite des Neuen Deutschland einen Tag nach dem Start der Sammlungsbe-  
wegung Aufstehen am 4. September 2018. Unter „links sachlich“ kommentierte ND-Redakteur Uwe Kalbe die mit der Sammlungs-  
bewegung entstehende Chance. Sie zeuge von „Kreativität“ und „verdiente Respekt statt Hochmut“. Aber gleich rechts daneben war ein Bild zu sehen, das eine ganz andere Botschaft übermittelte: Abgebildet war eine knallrote Tasse mit tiefbraunen Inhalt, Kaffee ohne Milch. Auf der Tasse stand „Aufgestanden“, offensichtlich eine Bild, dass eine Nähe zum „Nationalsozialismus“ suggerieren wollte. Michael Zock aus Leipzig nannte dies am 6. September 2018 in einem ND-Leserbrief „verleumderisch und geschmacklos“. Eine Parteiführung, die so etwas hinnimmt, hat Probleme mit Anstand und Solidarität, aber auch mit politischer Intelligenz.

Ob angesichts einer derartigen Niedertracht in der LINKEN zwischen den beiden Führungsgruppen dennoch ein sachlicher Gedankenaustausch über den Weg des Kampfes für soziale Gerechtigkeit und eine friedliche Außenpolitik der Bundesrepublik, ein politisches Miteinander noch möglich sind, ist offen. Die von Sahra Wagenknecht initiierte Sammlungsbe-  
wegung Aufstehen ist auf jeden Fall die bisher beste Initiative dem Anpassungskurs entgegen zu wirken und die festgezurrten politischen Zustände zur Verteidigung des politischen Status quo ins Wanken zu bringen. Dafür sprechen die internationalen Erfolge linker Protestbewegungen. Soweit sie sich im parteienstaatlichen und parlamentarischen System eingerichtet hat, ist die Linkspartei kaum noch in der Lage, selbst zur Bewegung zu werden, die die Gegenkräfte organisiert und die Herrschenden unter Druck setzt. Die parteienunabhängige linke Sammlungsbe-  
wegung Aufstehen dagegen könnte zu einer Bewegung aller Widerständigen gegen den Neoliberalismus werden. Neben Sahra Wagenknecht waren am 4. September 2018 in Berlin bei der offiziellen Konstituierung von Aufstehen Simone Lange, SPD-Bürgermeisterin in Flensburg, Ludger Volmer, ehemaliger Vorsitzender der Grünen, und Bernd Stegemann, parteilos, Dramaturg und Professor für Theatergeschichte und Dramaturgie. Bereits am 3. August hatte sich unter Vorsitz von Bernd Stegemann in Berlin der Verein „Träger von Sammlungsbe-  
wegung Aufstehen e. V. i. Gr.“ gebildet. Vor allem in Großstädten sind mittlerweile 200 Initiativgruppen dieses Vereins entstanden.

Im Internet hatten sich seit Anfang 2018 beim „Team Sahra“ bis zum Tag der Pressekonferenz am 4. September 2018 101.741 Personen eingetragen. 14 Tage später waren es schon 40.000 mehr. Heute sind es rund 175.000. In der SPD hat sich eine „Progressive Soziale Plattform“ zur Unterstützung der linken Sammlungsbe-  
wegung gebildet. Im Oktober 2018 hatten sich der Sammlungsbe-  
wegung

etwa 11.000 Mitglieder der Linkspartei, 5.000 Mitglieder der SPD und 1.500 der Grünen engagiert. Rund 80 Prozent der Aktivisten sind parteilos.<sup>1</sup> 80 politische Aktivisten wie Marco Bülow (MdB), Peter Brandt von der SPD, der Werbefachmann Hans Albers und die Publizistin Daniela Dahn bekennen sich zur Sammlungsbe-  
wegung. Erste Versuche der Bewegung auf die Straße zu gehen gab es im November 2018. Sie waren dort erfolgreich, wie in Leipzig (bis zu 1.000 Teilnehmer), wo sie von der örtlichen Linkspartei unterstützt wurden.

Das ist noch alles bescheiden. Aber die großen Kinderschuhe von Aufstehen lassen nach wir vor auf politische Wirksamkeit im Stadium der Aktionsfähigkeit hoffen. Die Sammlungsbe-  
wegung hat schon deutlich mehr Interessenten als FDP, Grüne und Linke jeweils Mitglieder. Sie ist nicht nur ein Forum der politischen Debatte im Internet. Sie hat die Chance, sich als politischer Vereinigung mit einer bundesweiten Führung zu einem Dachverband oder Koordinierungszentrum einer Vielzahl von linken und widerständigen politischen Organisationen zu entwickeln. Damit verbunden sind neue politische Möglichkeiten. Es geht dabei auch um Bündnispolitik (wobei auch dieser Aspekt vor allem bei der Durchsetzung sozialer und politischer Forderungen sinnvoll sein kann), aber ebenfalls um eine strategische Partnerschaft, die auf ein anderes außerparlamentarisches und gesellschaftliches Kräfteverhältnis abzielt.

Diese Chance hat zweifelsohne auch viel mit dem außergewöhnlichen politischen Charisma von Sahra Wagenknecht zu tun. Deutschlands Topmodell linker Politik und Gegner von Sozialabbau, Kriegspolitik und Umweltzerstörung aus allen politischen Lagern und Parteien machen den Versuch, eine moderne Einheitsfront gegen den Neoliberalismus zu schaffen. Man soll Umfragen nach Wahlabsichten nicht immer allzu ernst nehmen. Aber als Indiz für spontane Stimmungen sind sie allemal von Interesse. Laut Emnid vom Anfang August 2018 erklärten 34 Prozent spontan, sie würden die linke Sammlungsbe-  
wegung wählen, wenn sie denn wählbar wäre. Nach zwei Umfragen von BILD waren es im Juli 25 Prozent und Anfang Dezember 18 Prozent (bezogen auf die Europawahl). Die Fans von Sahra Wagenknecht kommen nach einer Untersuchung von Moritz Wichmann<sup>2</sup>, was ihre Wahlentscheidung anbelangt, zu 13,7 Prozent aus der Linkspartei, zu 23 Prozent aus der SPD, zu 19,7 Prozent aus der CDU/CSU, zu 4,9 Prozent aus der AfD und zu 15,7 Prozent aus dem Kreis der Nichtwähler. Sahra Wagenknecht erreicht mit ihrer politischen Botschaft nicht nur Menschen, die

<sup>1</sup> Vgl. „Aufstehen“ zieht nur wenige AfD-Mitglieder an, ND ONLINE vom 12.12.2018.

<sup>2</sup> Moritz Wichmann, So ticken die Wagenknecht-Anhänger, ND vom 4.9.2018.

sich links verorten (42 Prozent), sondern auch Menschen aus der „Mitte“ oder solche, die sich als „rechts“ einstufen.

Seit ihren Anfängen im Dezember 2017 war die Debatte um Aufstehen ein Medienthema. Die Aufmerksamkeit, die Leitmedien und Politiker aller Richtungen dem Thema widmeten, war ungewöhnlich. Es geht schließlich um nichts weniger, als darum, dass die Zeit der „Krise ohne Widerstand“ in der Bundesrepublik ihr Ende haben könnte, dass Gegenwehr gegen Neoliberalismus und Kriegspolitik zu einer Massenbewegung werden könnte. Wenn sich dazu noch ein nationales Zentrum des Widerstandes herausbilden sollte, ist für die herrschende Klasse Gefahr im Verzuge angesagt. Die Printmedien räumten zunächst Platz für zahlreiche Interviews mit Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine ein, zumeist in Distanz zu den Zielen der Sammlungsbewegung.

Mit dem Startsignal am 4. September hat sich das nur teilweise geändert. Diskussionen zur Sache finden kaum statt. Aber man ließ doch die Meute in wenig von der Leine. Politiker in der Regel der zweiten Reihe bekundeten ihren Unmut mit Nörgelei. Spitzenpolitiker der Grünen schlossen sich an. Ralf Stegner, einer der fünf stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD, sah „notorische Separatisten“ am Werk.<sup>3</sup> Johannes Kahrs, ebenfalls von der SPD, attackierte Sahra Wagenknecht persönlich. Sie habe Aufstehen als PR-Nummer inszeniert, nachdem sie auf ihrem letzten Parteitag eine solche Abfuhr erhalten hat.<sup>4</sup> Annalena Baerbock von den Grünen watschte die Initiatoren des Aufstehen-Bündnisses regelrecht ab. Sie hätten „in den letzten Tagen“ bei den Auseinandersetzungen mit Rechts in Chemnitz „leider nicht auf der Straße gestanden.“<sup>5</sup> Ihr Co-Vorsitzender Robert Habeck nannte das Gründungspapier „wolzig“. Es fehle „jede Leidenschaft nach vorne.“<sup>6</sup>

Eine „linke Chance“ sah die Frankfurter Rundschau vom 5. September 2018. Im Fokus der Leitmedien aber stand die Frontstellung gegen Sahra Wagenknecht, flankiert von der „Sorge“ um die Linkspartei: „Schon seit Jahren schert sich die Fraktionschefin Sahra Wagenknecht nicht die Bohne um die Beschlusslage der Partei; nun macht sie auch noch ihre eigene Bewegung auf.“ Und dann kommt es ganz dick: „Wenn die Linkspartei auch ‚nur einen Funken Selbstachtung‘ hätte, würde sie Wagenknecht im hohen Bogen aus der Partei werfen.“<sup>7</sup>

Erneuert wurde der absurde Vorwurf, Sahra Wagenknecht stünde in der Flüchtlingspolitik der „AfD näher als der eigenen Partei“. Nun wolle sie „gar eine Art Querfront-Sammlung“ aufmachen.<sup>8</sup> Jasper von Altenbockum schrieb am 5. September 2018 in der FAZ, Sahra Wagenknecht sei mit der „Sammlungsspaltung“ dabei „eine ‚linke AfD‘ ins Leben zu rufen“.

Unübersehbar war das Bemühen der Gegner der Linkspartei, Sahra Wagenknecht unter dem Vorwand der „Sorge“ um die Partei als Fraktionschefin abzusetzen und die Linkspartei dabei vollends ins politische Chaos zu stürzen und auf den Kurs „mehr Ramelow wagen“ auszurichten. Maßgebende Kreise der Linkspartei machen dabei kräftig mit. Erst kam der Glaubenskrieg mit den „offenen Grenzen für alle“. Dann folgte der Ruf, Sahra Wagenknecht weg zu mobben. Nun geht es darum, die mit Aufstehen verbundene Chance mies- und zunichte zu machen.

In der Linkspartei soll es 80 Prozent geben, die Sahra Wagenknecht unterstützen und ganze vier Prozent Gegnerinnen und Gegner von Aufstehen. Ganz anders im Bundesvorstand der Partei. Von 33 anwesenden Mitgliedern des 44-köpfigen Parteivorstandes der Linkspartei stimmten am 8. September 22 Mitglieder des Parteivorstandes, also rund 67 Prozent, einem „Beschluss zur Sammlungsbewegung Aufstehen“ zu, der auf Distanz geht. Neun Vorstandsmitglieder stimmten dagegen und zwei enthielten sich der Stimme.<sup>9</sup> Die Sammlungsbewegung sei „kein Projekt der Partei DIE LINKE, sondern ein Projekt von Sahra Wagenknecht, Oskar Lafontaine und weiteren Einzelpersonen.“ Irritierend sei das Ziel, „über ‚Aufstehen‘ die eigene Partei umzukrempeln.“ Mit linker Attitüde belehrte eine Mehrheit des Parteivorstandes die linke Sammlungsbewegung: Die LINKE kämpfe „nicht nur um Verbesserungen im Hier und Jetzt, sondern für eine andere Gesellschaft, jenseits des Kapitalismus.“<sup>10</sup>

Im Minderheitsvotum von acht Mitgliedern heißt es dagegen: „Der Beschluss sendet gegenüber den tausenden Mitgliedern der LINKEN, die ‚Aufstehen‘ positiv gegenüber stehen, ein negatives Signal aus.“ Die Bewegung könne die Chance bieten, „viele Menschen wieder neu für soziale und linke Politik zu mobilisieren, die von der Partei aktuell nicht erreicht werden.“ Die Partei „sollte sich daher zu ‚Aufstehen‘ positiv und konstruktiv verhalten.“<sup>11</sup>

Kein demokratisches Prinzip ist offenbar davor sicher, nicht in sein Gegenteil verwandelt zu werden. Dabei gibt es jeweils unterschiedliche Erfahrungen, in welchem Umfang und wie dies konkret geschehen kann.

Die Parteiendemokratie, d. h. Wahlen, Parlamentarismus und Regierungsteilnahme konnten, wie gezeigt wurde, über einen langen Zeitraum hinweg zu einer recht stabilen politischen Integrationsform werden. Diese hat sich als geeignet erwiesen, die Klassenherrschaft zu tarnen, aber auch anpassungsfähig und beweglich zu halten. Ihre Nutzung, um die Verhältnisse zu ändern, hält sich in Grenzen. Anders verhält es sich bei Demokratiebewegungen, die politische Grundrechte aktivieren. Da sind der Integration engere Grenzen gesetzt. Die Herrschenden können sicherlich erreichen, dass das Volk mittels reaktionärer oder desorientierender Losungen politisiert wird und sie so stärker Rückhalt in den Massen finden. AFD und Pegida sind dafür Beispiele. Aber die beherzte Nutzung der Möglichkeit der subalternen Klassen, sich zu organisieren und ihre Forderungen auf die Straße und überhaupt in die Öffentlichkeit zu tragen, bringt unweigerlich die politischen Fronten in Bewegung. Nach wie vor ist so die Position von Karl Marx richtig, dass die Theorie zur „materiellen Gewalt“ wird, wenn sie die Massen ergreift.<sup>12</sup> Massenmobilisierung bleibt für die herrschende Klasse die Achillesferse der bürgerlichen Demokratie.

Der Imperialismus hat hinsichtlich der Demokratiefrage zwiespältige Wirkungen. Imperialismus bzw. Monopolkapitalismus bedeutet nach W. I. Lenin „Negation“ der Demokratie überhaupt.“ Aber, so Lenin, mit seiner Politik bewirke der Imperialismus zugleich ein „Wachstum der demokratischen Tendenzen in der Masse der Bevölkerung“.<sup>13</sup> Neu ist im Zusammenhang mit Aufstehen der

<sup>9</sup> Vgl. junge Welt vom 11.9.2018.

<sup>10</sup> <https://www.die-linke.de/parteistruktur/parteivorstand/beschluesse/detail/newws/zur-initiative-aufstehen.html>

<sup>11</sup> Vgl. Minderheitsvotum, <https://internetz.zeitung.eu/index.php/4933-minderheitsvotum-des-parteivorstandes-linkspartei-pro-aufstehen.html>

<sup>12</sup> Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung., a.a.O., S. 385.

<sup>13</sup> W. I. Lenin, Über eine Karikatur auf den Marxismus, Lenin Werke, Band 23, Berlin 1957, S. 34 und 43.

<sup>3</sup> Vgl. Die linke Chance, Frankfurter Rundschau vom 5. 9.2018.

<sup>4</sup> Johannes Kahrs, dieses „Aufstehen“ ist eine Totgeburt, ntv.de vom 7.8.2018.

<sup>5</sup> Vgl. Jochen Hönisch, Auferstanden aus Ruinen, FAZ vom 5.9.2018.

<sup>6</sup> Vgl. Die linke Chance, a.a.O. und Jochen Hönisch, Aufgestanden aus Ruinen, FAZ vom 5. 9. 2018.

<sup>7</sup> Sorge um die Linke, SPIEGEL-Online, vom 4.9.2018.

<sup>8</sup> Vgl. ebenda.

Versuch, die derzeit in der Bundesrepublik spontan anwachsenden demokratischen Tendenzen als übergreifende politische Bewegung bzw. Vereinigung ohne Parteicharakter zu organisieren.

Aufstehen reagiert damit auf die Schwäche der Linkspartei, diese Aufgabe zu übernehmen. Sie will einen Zustand der „Demokratie“ überwinden, in der das Volk nach Johannes Agnoli „zu einer bloßen Manövriermasse im Konkurrenzstreit politischer Führungsgruppen degradiert wird.“<sup>14</sup> Die Sammlungsbewegung reagiert damit ebenfalls darauf, dass seit einigen Jahren in der Bundesrepublik mit AfD, Pegida, Thügida und ähnlichen Organisationen Rechtspopulisten und Neonazis „die Massen“ unter völkischen und nationalistischen Losungen organisiert werden. Diese sind dabei, „die Straße“ zu erobern. Wieder einmal wurde erreicht, dass eine rechte nationalistische Partei sich beim werktätigen Volk erfolgreich als „Alternative“ anbieten kann.

Aufstehen ist eine Chance für eine Vitalisierung des Demokratieprinzips. Demokratische Institutionen und Rechte haben gerade auch in der Bundesrepublik den Charakter von bloßen Ritualen angenommen. Die Sollbestimmung des Grundgesetzes, nach der alle Macht vom Volke ausgeht (Artikel 20 Abs. 1 GG), läuft leer. Wahlen sind heute auf neue Weise Instrumente der Prellerei und weniger Mittel der Emanzipation. Eine politische Wende hin zu einer sozial gerechteren und friedlichen Politik über Parteien und Parlamente ist weitgehend blockiert. Regierungsteilnahme führt zur Teilhabe an der Kapitalherrschaft bzw. zur Kumpanei mit den neoliberalen Parteien. Die Orientierung vieler Linker auf einen langen Marsch durch die Institutionen veränderte nicht die Politik, sondern die Marschierer. International sind die Erfahrungen ähnlich. Die Regierung Tsipras in Griechenland verabschiedete sich 2014 nach wenigen Wochen von allen linken Versprechungen und verwaltet nunmehr Griechenland als Handlanger der EU-Institutionen.

Zugleich aber gab es neue Erfahrungen mit erfolgreichen Demokratieinitiativen, an deren Spitze in der Regel glaubwürdige Persönlichkeiten der Linken standen. Forderungen nach einer Politik im Interesse der Lohnarbeiter wurden in einigen Ländern wieder zur Grundlage von Massenbewegungen. In England wählten die Mitglieder der Labour Party Jeremy Corbyn am 12. September 2015 mit fast 60 Prozent zum Vorsitzenden der Labour Party, um fortan einen Linkskurs zu steuern. Möglich wurde dies durch den Eintritt von fast 190.000 neuen Mitgliedern in zehn Monaten in die Labour Party. In Frankreich kam die Bewegung La France insoumise (Unbeugsames Frankreich) unter Jean-Luc Mélenchon bei den Präsidentschaftswahlen 2017 auf 19,6 Prozent der Stimmen. An den bis jetzt anhaltenden Demonstrationen der Gelbwesten beteiligten sich am 17. November 2018 nach Angaben der Regierung 287.000 Personen (nach Angaben der Bewegung eine Million). In Spanien gelang es, aus einer Protestbewegung (2011/2012) die Bewegung podemos (wir können) zu entwickeln, die 2015 20,7 Prozent der Stimmen und 69 Mandate erhielt.

Die deutsche Sammlungsbewegung Aufstehen will bewusst an diese Erfolge anknüpfen. Sie will dem Protest eine organisierte Form geben. Das soll aus guten Gründen nicht Vorstufe der Teilnahme an Wahlen bzw. der Konstituierung einer politischen Partei sein.

Im Zeichen einer neuen Aufklärung soll eine Gegenöffentlichkeit gegen Neoliberalismus und Kriegspolitik geschaffen, sollen die parlamentarischen Institutionen unter Druck gesetzt werden. Aufstehen trifft dabei auf ein tief gestaffeltes System zur Absicherung der gegebenen Zustände.

Der Sache nach geht es bei Aufstehen um eine zeit- und situationsgemäße Emanzipation der Lohnarbeiterklasse, unter Bedingungen, da das werktätige Volk weitgehend auf eine Rolle als Klasse ohne Gegenwehr festgelegt werden konnte und das politischen Engagement in Parteien keinen guten Ruf hat. Nicht zuletzt infolge der Schwäche und Anpassung der Linken ist eine „demobilisierte Klassengesellschaft“ entstanden.<sup>15</sup> Zuschauer- und Stellvertreterdemokratie haben sich als kompatibel mit der Klassenherrschaft erwiesen. Linke Parteien, die ihre politische Energie in Parlamentsarbeit und permanenten Wahlkämpfen erschöpfen und sich im allgemeinen Politikbetrieb einrichten, haben Anteil an dieser Entwicklung. Sie sind insofern nicht die Lösung, sondern Teil des Problems. Dabei kann nach allen geschichtlichen Erfahrungen die Parteienfrage von links nicht willkürlich, sondern erst dann neu gestellt werden, wenn Hunderttausende dies fordern und Millionen dies wollen, was eine Debatte schon heute über den Typus einer Partei, wie sie von den Lohnarbeitern im 21. Jahrhundert gebraucht wird, unbedingt einschließt.

Der Aufbruch für einen politischen Richtungswechsel verlangt nach einer neuen außerparlamentarischen Opposition, nach politischer Auseinandersetzung „im Handgemenge“. Bedenken, was da alles geschehen kann oder schief laufen kann, bringen nichts. Die Sammlungsbewegung weist in die richtige Richtung. Ohne eine kraftvolle spontane Massenbewegung nach dem Vorbild der Gelbwesten in Frankreich wird das allerdings nichts werden.

**Ekkehard Lieberam**

**Am Krankenbett der Linkspartei.**

Therapie: Mehr Marx als Murks.

pad-Verlag, Bergkamen 2019, 84 S., 5 €

Bestelladresse: pad-verlag@gmx.net oder:

Am Schlehdorn 6, 59192 Bergkamen



<sup>14</sup> Johannes Agnoli, Thesen zur Transformation der Demokratie, a.a.O., S. 36.

<sup>15</sup> Vgl. Klaus Dörre, Die Bundesrepublik – eine demobilisierte Klassengesellschaft, Zeitschrift für Marxistische Erneuerung, Nr. 116, Dezember 2018, S. 40 ff.